

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der NPD

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 6/4704 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6/4200 -

Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2016/2017 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2016/2017

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 6/4198 -

Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2020 des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: Einzelplan 04
Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport

Der Landtag möge beschließen:

In Kapitel 0407 wird die Maßnahmegruppe 03 - Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten - für das Jahr 2016 in Höhe von 119.892,8 TEUR und für das Jahr 2017 in Höhe von 133.588,3 TEUR gestrichen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die Bundesregierung trägt die Verantwortung für den übergesetzlichen Notstand und den illegalen Aufenthalt von hunderttausenden Asylanten/Asylbewerbern/Flüchtlingen (z. B. durch die Aussetzung des Dublin-Abkommens). Die Landesregierung sollte den Bund bei diesem Rechtsbruch nicht unterstützen. Solange der ausufernde, staatlich geförderte Missbrauch in Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten nicht aufgeklärt und gestoppt wird, muss es oberste Pflicht der Landesregierung sein, die diesbezüglichen Aufwendungen unverzüglich einzustellen.